

Der Kanton Aargau und Baden-Württemberg als Partner

Bei der Demokratiekonferenz in Reutlingen DE war auch das Verhältnis zwischen Schweiz und EU ein Thema.

Zofinger Tagblatt, 28.11.23

Welche Rolle spielen die Medien heute und zukünftig in der Politikvermittlung? Was bedeutet das für die Zukunft der Demokratie? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigten sich Referenten und Experten aus Politik, Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft an der Demokratiekonferenz, die vom Staatsministerium Baden-Württemberg mit der Staatskanzlei des Kantons Aargau veranstaltet wurde.

Der Anlass stand laut den Organisatoren ganz im Zeichen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Politik von morgen in Deutschland und der Schweiz. Mit Reden von Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, und Regierungsrat Dieter Egli, Vorsteher Departement Volkswirtschaft und Inneres, wurde die Demokratiekonferenz in der Stadthalle Reutlingen DE eröffnet.

Beide unterstrichen die Bedeutung der Konferenz für die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen dem Aargau und Baden-Württemberg sowie die Wichtigkeit des Konferenzthemas angesichts einer sich rasch ändernden politischen und medialen Landschaft. Egli betonte die Notwendigkeit eines engen Austauschs zwischen Wissenschaft und Politik, um die Partizipation zu stärken.

Geschichtspräsident fragt nach Ende der Demokratie

Keynote-Sprecher Heribert Prantl, Journalist, Buchautor und politischer Kommentator, hob die Pressefreiheit als demokratische Errungenschaft und die Funktion der Medien als

zentrale Institution zur Schaffung von gesellschaftlichem Vertrauen hervor. Welche Folgen der Verlust dieses Vertrauens haben kann, beschrieb Lea Frühwirth, Senior Researcher am Center für Monitoring, Analyse und Strategie, in ihrem anschließenden Vortrag über verschwörungstheoretische Milieus nach der Corona-Pandemie.

Geschichtspräsident Jakob Tanner näherte sich dem Thema aus historischer Perspektive und stellte die Frage nach dem Ende der Demokratie. Trotz Reformbedarf diagnostizierte er der Demokratie das Potenzial, auch in Zukunft Orientierungspunkt des politischen Zusammenlebens zu bleiben. In einer Podiumsdiskussion und mehreren Workshops wurden die aufgeworfenen Fragen vertieft, wobei der Vergleich zwischen der Schweiz und Deutschland thematisiert wurde.

Die Konferenzteilnehmenden waren sich einig, dass die Digitalisierung und die stark veränderte Mediennutzung neue Herausforderungen für Medien und Politik mit sich bringt. Davon seien der Lokaljournalismus und die Öffentlichkeitsarbeit von Städten, Gemeinden und Kantonen stark betroffen, wie Sven Altermatt, Co-Chefredaktor der Solothurner Zeitung, und Sabine Külschbach, Leiterin des Amts für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Reutlingen, im Rahmen des Podiums bestätigten.

Am zweiten Konferenztag standen die Themen Vertrauen in die politischen Institutionen und Partizipation im Mittelpunkt. In seinem Grusswort ver-



Regierungsrat Dieter Egli bei seiner Begrüßungsrede.

Bild: zvg

glich Grossratspräsident Lukas Pfisterer die Demokratie mit einem Haus, das ständig renoviert und instandgehalten werden müsse. Im anschließenden Referat widmete sich Frank Brettschneider, Professor für Kommunikationswissenschaften an der Universität Hohenheim, dem Thema Bürgerbeteiligung und Massenmedien.

Dieth: Überzeugungsarbeit für EU-Schweiz-Gespräche

Jasmin Odermatt, Programmleiterin «Smart City» der Stadt Aarau, berichtete aus der Praxis über neue Formen der politischen Partizipation am Beispiel des Projekts «Stadtidee», das Ideen von Einwohnerinnen und

Einwohnern über ein partizipatives Budget finanziert und realisiert. In den abschliessenden Workshops wurden dann mögliche Antworten auf die in den Referaten aufgeworfenen Fragen ausgelotet.

Die Politik von morgen war denn auch das Thema der Schlussreferate von Landstatthalter Markus Dieth und Staatsrätin Barbara Bosch. Dass Politik Mittel und Wege finden muss, Entscheide verständlicher zu kommunizieren, Medien auch in Zukunft eine zentrale Rolle in der Einordnung spielen müssen und sich Investitionen in die jungen Generationen in Zukunft auszahlen werden, waren zentrale Erkenntnisse.

Beide waren sich auch einig, dass dem Aargau und Baden-Württemberg bei der Gestaltung dieser Entwicklungen eine zentrale Rolle zukommt. Markus Dieth verwies als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen in diesem Zusammenhang auch auf die anstehenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union: «Es wird in den nächsten Monaten viel Überzeugungsarbeit brauchen, in der Schweiz aber auch in der Europäischen Union. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten – beginnend hier in Reutlingen und dann in Aarau, in Stuttgart, in Bern und in Brüssel.» (az)